

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Keine Kohlendioxid-Endlager in Bremen**

Carbon Capture and Storage (CCS) bezeichnet das Abscheiden, den Transport und die dauerhafte Einlagerung des klimaschädlichen Kohlendioxids. Bei dieser CO<sub>2</sub>-Abscheidung soll das Kohlendioxid aus Kohlekraftwerken – oder auch anderer großer CO<sub>2</sub>-Emittenten – abgetrennt, z. B. in Rohrleitungen, transportiert und dann in geologischen Formationen, beispielsweise ausgeförderten Gas- und Ölfeldern, salinen Grundwasserleitern, tiefen Kohleflözen oder stillgelegten Salzbergwerken oder auch in der Tiefsee gespeichert werden.

Für das CCS-Verfahren muss allerdings das aufgefangene CO<sub>2</sub> zunächst mit großem Energieaufwand verflüssigt und über Pipelines oder gar mit Lkw bzw. Güterzügen zu den Lagerstätten transportiert werden. Damit reduziert sich der ohnehin schon geringe Wirkungsgrad von Kohlekraftwerken jedoch um etwa zehn Prozentpunkte auf dann nur noch 35 %. Zudem befindet sich die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung noch im Entwicklungsstadium, sodass Nutzen, Wirksamkeit, Risiken und langfristige Folgen dieses Verfahrens noch weitgehend ungeklärt sind. Es existiert derzeit keine gesicherte Risikoabschätzung. Auch die Wirtschaftlichkeit von CCS ist aufgrund der hohen Kosten und der Verringerung der Wirkungsgrade der Kraftwerke höchst zweifelhaft. Der hohe technische Aufwand, der im Vergleich zu erneuerbaren Energien geringe Klimaeffekt, das unbekannte Risiko eines unkontrollierten Entweichens von CO<sub>2</sub>, die fehlende rechtliche Grundlage sowie die potenzielle Nutzungskonkurrenz, z. B. mit der Tiefengeothermie und mit Druckluftspeichern, rechtfertigen keine großräumigen Aufsuchungserlaubnisse bzw. die Beantragung von Teilerlaubnissen zur Erforschung und Erprobung möglicher Kohlendioxid-speicherstätten. Zudem ist die CCS-Technologie noch in keiner Weise als Nachweis zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung geeignet.

Das Bundesland Bremen bzw. der Senat haben sich im Aktionsprogramm Klimaschutz 2010 und im Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 für eine nachhaltige Klimastrategie ausgesprochen. Der zukünftige Fokus muss auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz gelegt werden. Diese bieten bessere, deutlich risikoärmere, kostengünstigere und für die Beschäftigung im Land Bremen und der Metropolregion Bremen – Oldenburg bessere Lösungen für den Klimaschutz als CCS.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich dafür einzusetzen, dass bei Nutzungskonflikten zwischen CCS mit z. B. der Geothermie oder mit Druckluftspeichern grundsätzlich ein Vorrang für die erneuerbaren Energien gilt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, weiterhin Lagerstättenerkundungen für unterirdische Kohlendioxid-speicherung als auch dem Bau von Rohrleitungen zum Transport von verflüssigtem CO<sub>2</sub> durch das Land Bremen die Zustimmung zu versagen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Bundesebene weiterhin gegen den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid – und damit der Einführung von CCS – einzusetzen. Ein mögliches CCS-Gesetz

muss zunächst auf Forschungsprojekte beschränkt sein und klare Kriterien erfüllen, insbesondere die strikte Zuordnung der Kosten und der Haftung nach dem Verursacherprinzip, strenge Schutzklauseln zur Vermeidung negativer ökologischer Folgewirkungen und die Festschreibung eines klaren Vorrangs für erneuerbare Energien gegenüber CCS. Der Einsatz der CCS-Technologie ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht als Nachweis zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung zu akzeptieren.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf zu prüfen, inwiefern alternative Methoden zur Verringerung bzw. zuverlässigen Bindung der CO<sub>2</sub>-Emissionen bei industriellen Prozessen angewendet werden können und wie deren Einsatz unterstützt werden könnte.

Dr. Maike Schaefer,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Dennhardt,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD